



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

An das  
Bündnis Salzgitter gegen Schacht KONRAD  
sowie die niedersächsischen Landesverbände  
des BUND und des NABU

z.Hd.  
Herrn Rainer Wanke,  
Stadt Salzgitter

per E-Mail: [Rainer.Wanke@Stadt.Salzgitter.de](mailto:Rainer.Wanke@Stadt.Salzgitter.de)

**Stefan Tidow**

- Staatssekretär -

TEL +49 3018 305-2020

FAX +49 3018 305-2045

[buero.tidow@bmuv.bund.de](mailto:buero.tidow@bmuv.bund.de)

[www.bmuv.de](http://www.bmuv.de)

Berlin, 01.06.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen von Frau Ministerin Lemke danke ich Ihnen für die Erneuerung  
Ihres Gesprächsangebotes. Sie hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ich verstehe Ihren Wunsch nach einem politischen Austausch, den ich im  
Grundsatz auch gutheiße und gerne nachkommen würde. Wie ich Ihnen aber  
bereits mit Schreiben vom 11. April 2022 mitgeteilt habe, ist ein Gespräch  
zu den von Ihnen angesprochenen Inhalten aus rechtlichen Gründen wenig  
ratsam. Denn sowohl Sie als auch das BMUV sind Verfahrensbeteiligte in  
einer rechtlichen Klärung. Ich bitte deshalb um Verständnis und betone  
nochmals, dass – anders als Sie schreiben – ein Treffen und Austausch nicht  
unabhängig von Ihrem Antrag auf Rücknahme bzw. Widerruf des Planfest-  
stellungsbeschlusses beim Niedersächsischen Umweltministerium erfolgen  
kann.



Seite 2

Zwar kommt dem Niedersächsischen Umweltministerium als Planfeststellungsbehörde hinsichtlich des Antrags auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses für das Endlager Konrad verfassungsrechtlich die alleinige Wahrnehmungskompetenz zu, der Bund übt aber in atomrechtlichen Sachverhalten die Bundesaufsicht über die Länder aus.

Ein Gespräch von Vertretern der Aufsichtsbehörde mit Vertretern der Antragsteller zu Gegenständen des Verfahrens steht im Widerspruch zu der beschriebenen grundgesetzlichen Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern. Das Land Niedersachsen könnte dies zurecht als Eingriff in seine Wahrnehmungskompetenz ansehen.

Da mir oder der Ministerin derzeit ein Gespräch zu den Inhalten des Verfahrens oder gar eine Positionierung zu einzelnen im Verfahren vorgebrachten Argumenten nicht möglich ist, muss ich Ihnen also auf Ihre wiederholte Bitte erneut absagen. Ein Austausch der Argumente findet nunmehr zunächst im Verfahren statt, über welches sich der Bund in seiner Verantwortung für die nukleare Entsorgung informiert. Ich gehe davon aus, dass dort alle Argumente vorgebracht wurden.

Sehr gerne treffe ich mich nach Abschluss des Verfahrens mit Ihnen. Sie verweisen in Ihrem Schreiben auf die Verantwortung des Bundesumweltministeriums für eine sichere Entsorgung radioaktiver Abfälle zu sorgen. Mir ist durchaus bewusst, dass in Anbetracht langer Planungs-, Errichtungs- und Betriebszeiten eines Endlagers, die Sicherheit ein ganz zentraler Aspekt für die Akzeptanz in der Bevölkerung ist. Es ist Aufgabe der Atomaufsicht, die Sicherheit laufend zu hinterfragen.



Seite 3

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH führt außerdem in ihrer Verantwortung vor der Inbetriebnahme des Endlagers eine Überprüfung der sicherheitstechnischen Anforderungen an das Endlager Konrad nach dem Stand von Wissenschaft und Technik durch („ÜSIKO“). Die Phase 1 zur „Ermittlung des Überprüfungsbedarfs“ wurde Ende 2019 abgeschlossen und ergab keine Hinweise, die die Sicherheit grundsätzlich in Frage stellen. Bereits bei der Antragstellung für die Genehmigung des Endlagers Konrad wurde eine Vielzahl konservativer Annahmen getroffen, die auch einer Überprüfung mit neueren Methoden standhalten.

Die Phase 2 der ÜSIKO dient der Untersuchung potentiell relevanter Änderungen. Sie wurde im Sommer 2020 begonnen und wird voraussichtlich bis Mitte des Jahres 2024 abgeschlossen sein. Es ist geplant, auch die Ergebnisse der Phase 2 in einem Workshop mit der Fachöffentlichkeit zu diskutieren. Die Ergebnisse sollen darüber hinaus – ebenso wie die der Phase 1 – einem unabhängigen Review unterzogen werden.

Durch diese Maßnahmen ist sichergestellt, dass auch vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung des Standes von Wissenschaft und Technik ein Höchstmaß an Transparenz und Sicherheit erreicht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen